

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 9038/39  
Telex: 08 88 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, fordert eine Chance für Nicaragua: Überleben und die Zukunft sichern.  
Seite 1

Fritz Herbert, Hauptabteilungsgeschäftsführer für den Bereich Sozialversicherung und Arbeitsverwaltung beim ÖTV-Hauptvorstand, erläutert eine Protestaktion der ÖTV: Gegen Unterbesetzung der Arbeitsämter.  
Seite 4

Dr. Rolf Linkohr MdEP fordert ein Umwelts- und Sicherheitszentrum der Europäischen Gemeinschaft: Eine Aufgabe für die Gemeinsame Forschungsstelle.  
Seite 6

39. Jahrgang / 210

30. Oktober 1984

### Eine Chance für Nicaragua

Zu den bevorstehenden Wahlen und der Entwicklung des Landes

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach aller historischen Erfahrung ist gerade in Lateinamerika der Kampf um Demokratie ein schwieriger Weg gewesen, und er bleibt es. Das gilt auch für das Ringen um sozialen Fortschritt.

Nicaragua will nach dem erfolgreichen Volksaufstand gegen die Somoza-Diktatur endlich in Frieden seine innere Ordnung selbst bestimmen und seine Zukunft selbst gestalten können. Die sandinistische Revolution hatte sich vorgenommen, eine pluralistische Demokratie in einer gemischten Wirtschaftsordnung aufzubauen, außenpolitisch nach dem Prinzip der Blockfreiheit zu handeln und die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Eine Reihe von Erfolgen ist zu vermelden, wie zum Beispiel im Schul- und Gesundheitswesen; anderes ist steckengeblieben, so hat es berechnete Kritik an der Einschränkung der Pressefreiheit und der Behandlung der Indianer gegeben.

Jetzt geht es aber in erster Linie darum - so Willy Brandt auf der Bürositzung der Sozialistischen Internationale am 1. Oktober in Rio de Janeiro -, daß dieses Land nicht von außen durch Druck, Drohung und Aggression politisch, militärisch und ökonomisch niedergemacht wird, sondern daß es die Chance erhält, sein Überleben und seine Zukunft zu sichern. Auch nach den Wahlen vom 4. November 1984 müssen die Verhandlungen über eine politische Lösung des nicaraguanischen Konflikts weitergeführt werden.

Die Lage für das nicaraguanische Volk, für seine Nachbarn und für den Frieden in der Region ist bedrohlicher denn je: Die nicaraguanischen Wahlen werden nicht verschoben



werden, ein Teil der konservativen und liberalen Kräfte wird sich nicht daran beteiligen, die ununterbrochenen bewaffneten Angriffe und die notwendige Abwehr dagegen werden den Wahlprozeß behindern: Vorwände genug für die Feinde Nicaraguas, die demokratische Legitimation der Wahlen vom 4. November 1984 anzuzweifeln.

Die fortdauernde militärische Intervention von außen sowie die drohende Lähmung der Wirtschaft durch Sabotage im Innern und durch die zunehmende Verweigerung internationaler Hilfe (Kredite, Entwicklungshilfe, so auch von Seiten der Bundesrepublik) werden eine sandinistische Regierung immer stärker unter Druck setzen. Sie könnte am Ende vor der verzweifelten Alternative stehen: Entweder vor der bewaffneten Konterrevolution zu kapitulieren oder aber die bisher trotz aller Schwierigkeiten bewahrten Elemente von Demokratie und gesellschaftlichem Pluralismus aufzugeben und damit nachträglich das propagandistische Zerrbild vom "totalitären kommunistischen" Nicaragua zu rechtfertigen. Abgesehen von den innenpolitischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung würde diese darüber hinaus die internationale Isolierung Nicaraguas (und seine Abhängigkeit von der Unterstützung durch den Sowjetblock) verstärken und damit wiederum seine Gefährdung vergrößern.

Angesichts dieser Perspektiven muß die SPD in aller Klarheit die Frage stellen und beantworten, wer die letzte politische Verantwortung für die katastrophale Zuspitzung der Situation in Nicaragua (und damit in der ganzen mittelamerikanischen Region) zu tragen hat. Die aussichtsreich scheinenden Verhandlungen über eine Verschiebung der Wahlen, über verbesserte politisch-rechtliche Garantien für die anti-sandinistische Opposition und über eine Beendigung des bewaffneten Kampfes sind an der mangelnden Bereitschaft (oder Fähigkeit) der konservativen politischen Opposition gescheitert, die konterrevolutionäre Guerilla zur Einstellung ihrer Angriffe zu bewegen. Diese Guerilla ist jedoch keine autonome politische und militärische Kraft: Sie wird vielmehr von der Regierung der USA unter anderem mit Hilfe offiziell für diesen Zweck bewilligter Steuergelder bezahlt, bewaffnet und organisiert.

Eine eindeutige Willensbekundung der USA hätte die konservative Opposition unzweifelhaft zur Annahme einer Verhandlungslösung bewegen können. Das Scheitern dieser Lösung zeigt daher klar, daß die derzeitige Regierung der USA die Existenz eines anti-imperialistischen und sozialistischen Nicaraguas auch dann nicht zu dulden bereit ist, wenn dieses Nicaragua nach außen blockfrei und nach innen demokratisch organisiert wäre. Die US-amerikanische Politik trägt insofern die letzte Verantwortung für die derzeitige mittelamerikanische Krise (so wie sie durch ihre jahrzehntelange Förderung blutbefleckter Diktaturen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras die Mitverantwortung für jene gesellschaftlichen Zustände trägt, aus denen die gegenwärtige Krise hervorgewachsen ist).

Diese Feststellung ist für uns Deutsche, besonders aber für UNS deutsche Sozialdemokraten bedrückend und schmerzlich. Wir wissen, was wir dem amerikanischen Volk verdanken - von der Befreiung vom Faschismus über die materielle Hilfe in den Nachkriegsjahren bis zum Schutz vor der ausgreifenden Großmachtpolitik der UdSSR; wir wissen insbesondere, was wir den großen demokratischen und rechtsstaatlichen Traditionen der USA von Thomas Jefferson und Abraham Lincoln über Franklin D. Roosevelt bis zu John F. Kennedy und Martin Luther King zu verdanken haben.

Dieses Bewußtsein darf uns aber nicht daran hindern, unsere Sorgen und unsere Kritik offen auszusprechen. Wir müssen befürchten, daß die Regierung der USA - wenn nicht ein Wahlsieg der demokratischen Opposition am 6. November eine Kursänderung mit sich bringt - den politisch-ökonomischen Druck und die militärische Intervention in Nicaragua verstärken wird, möglicherweise bis hin zum direkten Einsatz amerikanischer Truppen wie in Grenada.



Dies nötigt uns, öffentlich und mit Nachdruck festzustellen, daß die militärische Intervention der USA in Nicaragua sich unserer Meinung nach qualitativ nicht von der völkerrechtswidrigen, moralisch verwerflichen und politisch unverantwortlichen Intervention der UdSSR in Afghanistan unterscheidet. Darüber hinaus sind wir mit der Sowjetunion nicht verbündet, wohl aber mit den USA und tragen demgemäß - ob wir es wollen oder nicht - im Angesicht der Weltöffentlichkeit und vor unserem eigenen Gewissen eine Mitverantwortung für das Verhalten unseres wichtigsten Bundesgenossen. Die Fortführung der bisherigen Mittelamerikapolitik der USA würde in der Konsequenz die moralischen und politischen Grundlagen des westlichen Bündnisses infragestellen. Dies müssen unsere amerikanischen Freunde wissen.

Die SPD-Bundestagsfraktion dankt der Sozialistischen Internationale und ihrem Präsidenten Willy Brandt für die bisherigen Vermittlungsbemühungen und fordert sie auf, unbeirrt darin fortzufahren.

Sie erwartet, daß die Bundesregierung sich allen Bestrebungen widersetzt, die Konflikte in und um Nicaragua weiter zu militarisieren, und dementsprechend zusammen mit anderen westlichen Ländern auf die USA einwirkt, damit diese den "Contras" und ähnlichen Gruppen jedwede Unterstützung entziehen.

Sie unterstützt die Bemühungen der Contadora-Staaten und fordert einmal mehr die Bundesregierung auf, ihre entwicklungspolitische Blockade gegenüber Nicaragua endlich zu beenden und die im Dokument der Außenministerkonferenz von San José vorgesehene Gleichbehandlung der Staaten auch in der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nicaragua wiederherzustellen.

Wir Sozialdemokraten versichern dem nicaraguanischen Volk unsere Solidarität in seinem Streben nach Frieden, Selbstbestimmung, Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie.

(-/30.10.1984/ks/rs)

+ + +



**ÖTV-Protest gegen Unterbesetzung der Arbeitsämter**

---

**Das Fehlen von Mitarbeitern führt zu langen Wartezeiten für Arbeitslose**

**Von Fritz Herbert**

**Hauptabteilungsgeschäftsführer für den Bereich Sozialversicherung  
und Arbeitsverwaltung beim ÖTV-Hauptvorstand**

Wochenlanges Warten auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und monatelange Wartezeiten auf einen Beratungstermin: Das ist die Situation in den Arbeitsämtern.

Es bleibt viel zu wenig Zeit für Stellenvermittlung und persönliche Beratung, weil entgegen der offiziellen Vorgabe von 200 von vielen Arbeitsvermittlern bis zu 1.000 Ratsuchende zu betreuen sind. Der Massenandrang in den Arbeitsstunden, der Papierkrieg und auch die permanente Einarbeitung von Zusatzkräften verschärfen noch die Lage.

Die Gewerkschaft ÖTV wird mit einer Protestveranstaltung am 31. Oktober im Nürnberger Messezentrum, die mit einem Demonstrationszug zur Zentrale der Bundesanstalt für Arbeit beginnt, nochmals alle Verantwortlichen in Bonn und Nürnberg auf die unhaltbaren Zustände in den Arbeitsämtern hinweisen. Sie will dabei auch dokumentieren, daß die Beschlüsse der Selbstverwaltung zum Personalhaushalt 1985 völlig unzureichend sind. In einem zu dieser Aktion herausgegebenen Flugblatt fordert die ÖTV den Bundestag und seine Ausschüsse auf, die Arbeitsämter personell so auszustatten, daß eine menschenwürdige Betreuung der Ratsuchenden gewährleistet ist.

Sie hält es für unerträglich, wie mit Zahlenspielerien in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, es werde versucht, die Personalnot in den Arbeitsämtern zu beseitigen. Sie verurteilt hierin die Ignoranz der Verantwortlichen in der Verwaltung, in der Selbstverwaltung und in der Bundesregierung gegenüber der Verzweiflung von Beschäftigten und den Nöten von Arbeitslosen. Die ÖTV beanstandet, daß fehlendes Personal mehr und mehr als Begründung dafür herhalten soll, mehr Computer einzusetzen.

Seit Jahren fordert die Gewerkschaft die verantwortlichen Politiker auf, besonders bei den jeweiligen Haushaltsberatungen, den Personalmangel in den Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit zu beseitigen. In Briefen, Protestschreiben, Gesprächen und zahlreichen weiteren Aktivitäten wurde Jahr für Jahr auch in der Öffentlichkeit auf die besorgniserregende Lage in den Arbeitsämtern hingewiesen.

Mit dem von der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit beschlossenen Haushalt wird nach Auffassung der Gewerkschaft ÖTV der personelle Mangel nicht beseitigt. Zwar würden nominell 1.731 neue Planstellen geschaffen. Nach Abzug von Mitteln für Zusatzkräfte, von Ansätzen für Neuaufgaben und Leerstellen für beurlaubte Beamte blieben tatsächlich jedoch lediglich 673 neue Stellen.

Um zu einem realistischen Bild zu kommen, in welchem Umfang die Bereiche Arbeitsvermittlung/ Arbeitsberatung, Berufsberatung und Leistung tatsächlich "verstärkt" werden sollen - was für Arbeitslose und Beschäftigte wichtig ist -, müssen von den vorgesehenen neuen Stellen für die Statistik, den Ärztlichen Dienst, für die Ausführung des Bundesgesetz zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung, für die dezentrale Datenverarbeitung und für die besonderen Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit, das sind zusammen 283 Stellen, Stellen abgezogen werden. Bleiben nur noch 390 neue Stellen.



Das bedeutet für die einzelnen Arbeitsämter eine auch weiterhin völlig unzureichende Personalausstattung. Es ist sogar zu befürchten, daß es durch die Stellenbemessungssysteme und der sich darauf ergebenden Umverteilung zu Stellenminderungen kommen kann.

Die ÖTV wendet sich mit ihrer Veranstaltung auch an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, "seinen Maulkorberlaß" an alle Dienststellen zurückzuziehen, in welchem den Personalräten der Arbeitsämter verboten wird, die Presse vor Ort über die Misere bei der Personalausstattung zu informieren.

Sie fordert besonders die Politiker in der Bundesregierung und im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Arbeitslosen, gegenüber den Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, gegenüber den Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen, gegenüber allen sonstigen Ratsuchenden und gegenüber den seit Jahren überstrapazierten Beschäftigten in den Arbeitsämtern gerecht zu werden.

Ferner verlangt die ÖTV von der Bundesanstalt für Arbeit, endlich die unselige Praxis aufzugeben, mit ständig neuen Zeitverträgen die Personalnot zu vernebeln. Um die unwürdigen Zustände an den Arbeitsämtern zu beseitigen, sind mindestens 5.000 neue Stellen notwendig. Wer arbeitslos ist, muß schon genug erdulden. Deshalb muß den Warteschlangen ein Ende gesetzt werden. Dafür geht die ÖTV auf die Straße, weil sie sonst kein Gehör mehr findet.

(-/30.10.1984/ks/rs)

+ + +



**Die EG braucht ein Sicherheits- und Umweltzentrum**

**Eine Aufgabe für die Gemeinsame Forschungsstelle der Gemeinschaft**

**Von Dr. Rolf Linkohr MdEP**

Der Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie des Europäischen Parlaments besucht in diesen Tagen die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der Europäischen Gemeinschaft in Ispra/Italien. Aus Anlaß dieses Besuchs möchte ich nochmals auf unsere Haltung zur GFS - in der die EG-Kommission bekanntlich direkte Forschung betreibt - eingehen:

1. Die GFS, in den 60er Jahren aus der Nuklearforschung entstanden, muß nach Meinung des Europäischen Parlaments zu einem europäischen Zentrum der Sicherheits- und Umweltforschung werden. Diese Meinung wurde nicht nur vom "alten" Parlament geteilt, sie wird auch weitgehend von den derzeitigen Fraktionen des EP vertreten.
2. Die GFS muß demnach verstärkt Kompetenzen in den chemischen und biologischen Disziplinen erhalten. Insbesondere müßten die Meß- und Systemtechnik ausgebaut werden. Die einseitige Orientierung auf die Nuklearforschung muß Zug um Zug einer ausgewogeneren Beschäftigung mit allen Zweigen der modernen Technik Platz machen. Dabei können die positiven Erfahrungen in der Nuklearforschung - etwa im Bereich der Sicherheitsforschung - auch in anderen Bereichen genutzt werden.
3. Eine entscheidende Rolle werden dabei zwei Maßnahmen spielen, die derzeit diskutiert werden:
  - Frühzeitige Pensionierung (meines Erachtens nach auf freiwilliger Grundlage) von 120 Wissenschaftlern, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Bei einem Durchschnittsalter von etwa 50 Jahren ist eine solche - wenngleich teure - Maßnahme durchaus vernünftig. Vorausgesetzt allerdings, die Neueinstellungen erfolgen in jenen Bereichen, die den Sicherheits- und Umweltcharakter der GFS betonen,
  - Mittelerhöhung bei den Umweltaktionen der GFS. Der Ausschuß hat bei den Haushaltsberatungen praktisch einstimmig beschlossen, die vom Rat bei der nuklearen Forschung vorgenommenen Kürzungen in Höhe von etwas über acht Millionen ECU zur Erhöhung der Umweltaktionen zur verwenden. Man kann meines Erachtens davon ausgehen, daß auch das Parlament der Mittelerhöhung an dieser Stelle zustimmen wird. Somit hat die GFS durchaus die Möglichkeit, neue Umwelt- und Sicherheitsprobleme aufzugreifen.

Es liegt nun an der EG-Kommission, die vom Parlament gewollte Neuorientierung der GFS in die Tat umzusetzen. Allerdings gewinnt man den Eindruck, daß es derzeit vielen Verantwortlichen eher darum geht, das für die Fusionsforschung benötigte Tritiumlabor (Tritium ist ein Wasserstoffisotop, dessen Handhabung in größeren Mengen für die Fusionsmaschine in Culham, wichtig ist) nach Ispra zu bringen als an der Umstrukturierung der GFS mitzuwirken. Dabei wäre es sinnvoller, die Tritiumforschung in Culham ISB zu betreiben, also an dem Ort, wo auch die Fusionsanlage JET (Joint-European Torus) steht, nach Ispra hingegen immer mehr Tätigkeiten zu bringen, die grenzüberschreitende Sicherheits- und Umweltfragen berühren.



Der Ausschuß wird übrigens in Ispra mit dem irischen Ratspräsidenten sowie mit dem italienischen Forschungsminister Granelli über diese Fragen diskutieren.

Für die Umorientierung der FGS gibt es zwei wichtige Gründe:

- Forschungszentren vom Typ der 50er und 60er Jahre verlieren dann ihren Sinn, wenn sie ihre Aufgabe erledigt haben oder auch an ihr gescheitert sind. Die GFS gehört zu diesen Gründungen und bedarf deshalb einer neuen Aufgabenstellung. Ihr Charakter als europäische Institution kann aber nur solche Aufgaben zulassen, die grenzüberschreitend und von europäischen Interessen sind,
- mehr und mehr werden die ungelösten Umwelt- und Sicherheitsprobleme der Industriegesellschaft zu einer Belastung der Europäischen Gemeinschaft. Die Umweltpolitik wird angesichts der trägen Haltung von EG-Ministerrat und EG-Kommission zu einem Spaltpilz der EG, nicht zum Förderator.

Dieser Trend muß deshalb gestoppt und umgekehrt werden. Dazu benötigen wir aber eine von den nationalen Interessen unabhängige Schieds- und Forschungsstelle mit unangefochtener wissenschaftlicher Kompetenz, eine Art europäisches Sicherheits- und Umweltamt. Diese Rolle muß und kann die GFS spielen.

So könnte bei der GFS zum Beispiel entschieden werden, welche Grenzwerte für neue chemische Substanzen zulässig sind. Auch könnte Wirkungsforschung in Zusammenarbeit mit nationalen Instituten betrieben werden. Zentrale Datenbanken wären ein weiteres Beispiel für Tätigkeiten von europäischen Interesse. Mit anderen Worten: überall dort, wo wir europäische Normen und Standards brauchen, könnte die GFS die nötige wissenschaftliche Vorarbeit leisten. So gesehen steht GFS nicht am Ende, sondern am Anfang.

(-/30.10.1984/ks/rs)

+ + +

